

II-3699 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER  
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Wien, am 5. Mai 1978

Zl. 10.101/28-I/1/78

Parlamentarische Anfrage Nr. 1732  
der Abg. Peter u. Gen. betr. Ausbau der  
Nordwest-Südost-Transitroute (Innkreis-  
bzw. Pyhrn-Autobahn)

1725/AB

1978-05-05

zu 1732/1

An den  
Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Anton B e n y a

Parlament  
1010 W i e n  
-----

Auf die Anfrage Nr. 1732, welche die Abgeordneten Peter und Genossen am 10.3.1978 betreffend Ausbau der Nordwest-Südost-Transitroute (Innkreis-bzw. Pyhrn-Autobahn) an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:)

Der Vollausbau der "NW-SO Transitroute" - d. h. der Innkreis- und Pyhrn Autobahn - wird ab 1978 in Oberösterreich noch rund 8 Mrd. Schilling Baukosten (Preisstand 1978) in Anspruch nehmen. Da jedoch einige Teilstrecken, der im Verlauf dieser Route liegenden Bundesstraßen bereits gut ausgebaut sind und derart selbst einem steigenden Verkehrsaufkommen noch eine längere Zeit hindurch genügen würden, kann bereits auch mit einer erheblich geringeren Finanzmasse in Oberösterreich eine durchgehende leistungsfähige "NW-SO Transitroute" ausgebaut werden.

Es handelt sich selbst auch dann noch - insbesondere unter Einbeziehung des steirischen Teiles dieser Route - um derart große Investitionen, die eine rasche Fertigstellung

-2-

allein aus den laufenden Budgetmitteln in Frage stellen würde. Darum war es notwendig - ähnlich wie bei den anderen alpenquerenden Autobahnen - zusätzlich neue Wege der Finanzierung zu gehen bzw. zu suchen. In diesem Sinne stehen derzeit die Möglichkeit der Verlängerung der Gesellschaftsstrecken der Pyhrn Autobahn AG, die Möglichkeit der Vorfinanzierung, sowie der Antrag um einen Finanzbeitrag bei den Europäischen Gemeinschaften zur Diskussion. Es wird jedoch bei allen diesen Finanzierungsmöglichkeiten der Umstand zu berücksichtigen sein, daß es sich hierbei um mehr oder minder große Kreditoperationen bzw. Vorgriffe auf künftige Einnahmen handelt.

Die Frage der Fertigstellung ist demnach sowohl eine Frage des Ausbaugrades als auch eine Frage der Finanzierung. Daher wird es notwendig sein, für endgültige Aussagen über die Fertigstellungstermine bzw. über das durchgehende Verkehrswirksamwerden dieser Route, die Ergebnisse der derzeit laufenden Verhandlungen über die aufgezeigten Finanzierungsmöglichkeiten abzuwarten.

Zu 2:)

Verhandlungen zwischen dem ho. Ministerium und dem Land Oberösterreich über eine Vorfinanzierung der Bauvorbereitungen im Abschnitt Suben - Ried der Innkreis Autobahn ( in der Höhe von 80 Mio Sch. ) stehen bereits vor dem Abschluß.

Zu 3:)

Als für Oberösterreich vordringlich auszubauendes Teilstück der "NW-SO Transitroute" wird das Teilstück Suben - Ried erachtet. Neben der in Frage 2 angesprochenen Vorfinanzierung der Bauvorbereitung hat das Land Oberösterreich für diesen Abschnitt der Innkreis Autobahn auch eine Vorfinanzierung des Ausbaues vorgeschlagen.

-3-

Im Hinblick auf den engen Zusammenhang mit einer etwaigen EG-Finanzbeteiligung am Ausbau der Innkreis - und Pyhrn Autobahn, erscheint ein Abwarten der Entscheidungen bei den EG vor weiteren Vorfinanzierungsgesprächen zweckmäßig.

Zu 4: und 5:)

Nach mehreren auf Beamtenebene durchgeführten Verhandlungen zwischen den EG und Österreich fanden auch im Rahmen des Treffens zwischen dem Mitglied der EG-Mission Haferkamp und Bundeskanzler Dr. Kreisky im September 1977 Gespräche auf politischer Ebene über einen EG-Finanzbeitrag zum beschleunigten Ausbau der NW'SO Transitroute statt.

Von der EG wurde im Herbst 1977 an ein deutsches Forschungsbüro eine Studie in Auftrag gegeben, die den Nutzen der sich durch einen beschleunigten Ausbau der NW'SO Transitroute für die EG ergeben würde, ermitteln soll. Nach Auskunft von leitenden EG-Beamten wird etwa Ende März 1978 die Studie soweit fortgeschritten sein, daß es der EG-Kommission ermöglicht wird, die Ergebnisse der Studie noch im April dieses Jahres eingehend prüfen und für das Budget 1979 den für die Beteiligung erforderlichen Betrag einplanen zu können. Der Zeitplan sieht weiter vor, daß der Rat der Europäischen Gemeinschaften für die etwaige Flüssigmachung des Betrages für 1979 noch rechtzeitig die erforderlichen Beschlüsse fassen kann.

*Mora*